

Mittelfristige Finanzplanungen der ARD-Landesrundfunkanstalten 2013 - 2016 - Anmeldung zum 19. KEF-Bericht -

Mit der Anmeldung zum 19. KEF-Bericht übermitteln die ARD-Landesrundfunkanstalten in Erfüllung ihrer staatsvertraglichen Verpflichtung die mittelfristigen Finanzplanungen für den Zeitraum 2013 bis 2016 an die KEF. Im Ergebnis wird für diesen Zeitraum ein ungedeckter Finanzbedarf von durchschnittlich 54,4 Mio. € p. a. angemeldet. Dies bedeutet, dass die ARD den historisch geringsten ungedeckten Finanzbedarf anmeldet und damit den bisher eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgt.

Am 01.01.2013 ist der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, und damit das neue Rundfunkbeitragsmodell, vollständig in Kraft getreten. Die Beitragspflicht ist damit an eine Wohnung bzw. Betriebsstätte geknüpft. Die Neuordnung der Rundfunkfinanzierung ist auch mit der Erwartung eines stabilen monatlichen Beitrags verbunden. Im Sinne einer möglichst hohen Akzeptanz des Modellwechsels und einer möglichst geringen Belastung des Beitragszahlers ist diese Stabilität auch im Interesse der ARD.

Der angemeldete ungedeckte Finanzbedarf liegt in etwa auf dem Niveau des von der KEF im 18. KEF-Bericht festgestellten Finanzbedarfs. Die in die Finanzbedarfsermittlung eingerechneten Aufwandssteigerungen bleiben für den Gesamtzeitraum 2013 bis 2016 mit jährlich 0,8 % deutlich unter dem Durchschnitt der allgemeinen Inflation. Dies bringt zum Ausdruck, dass die ARD-Landesrundfunkanstalten in der Anmeldung zum 19. Bericht in erheblichem Umfang Rationalisierungs- und Kürzungsmaßnahmen umgesetzt haben bzw. umsetzen werden.

1. Ergebnis der mittelfristigen Finanzbedarfsplanung

Die KEF hat in ihrem 18. Bericht einen ungedeckten Finanzbedarf von durchschnittlich 76,0 Mio. € p. a. in Summe für ARD, ZDF, Deutschlandradio und ARTE festgestellt. Gleichwohl hat die KEF u. a. mit Blick auf die Unsicherheiten infolge des Modellwechsels davon abgesehen, eine Anpassung des monatlichen Beitrags zu empfehlen. Die monatliche Gebühr bzw. der ab 01.01.2013 gültige monatliche Beitrag in Höhe von 17,98 € bleibt trotz einer allgemeinen Preissteigerung bis Ende 2014 und damit für sechs Jahre unverändert. Weil die Kommission im 18. KEF-Bericht trotz der Feststellung eines ungedeckten Finanzbedarfs keine Empfehlung zur Anpassung des monatlichen Beitrags gegeben hat, könnte der 19. KEF-Bericht ein beitragsrelevanter Bericht werden.

Die ARD legt zum 19. KEF-Bericht für den Zeitraum bis 2016 eine moderate Finanzbedarfsanmeldung vor.

Für den Zeitraum 2013 bis 2016 melden die Landesrundfunkanstalten der ARD bei der KEF einen ungedeckten Finanzbedarf von durchschnittlich 54,4 Mio. € p. a. an. Das vorliegende Ergebnis wurde unter Maßgabe von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ermittelt. Der angemeldete ungedeckte Finanzbedarf resultiert aus Kostensteigerungen, die durch Einsparungen allein nicht mehr aufgefangen werden können.

Der geringe ungedeckte Finanzbedarf ist auch das Resultat des restriktiven Umgangs mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, den die ARD auch in Zukunft fortsetzen wird. So wird die ARD im Zeitraum 1993 bis 2016 mehr als 4.300 bzw. 17 % der Stellen im Bestand abgebaut haben.

Bei der Ermittlung des ungedeckten Finanzbedarfs 2013 bis 2016 ist auf die Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) gesondert einzugehen: ARD, ZDF und Deutschlandradio wenden ab 2010 die verbindlichen Regelungen des BilMoG an. Um den Finanzbedarf für die laufende Beitragsperiode zu begrenzen, meldet die ARD diesen Mehrbedarf bei der KEF nicht finanzbedarfswirksam an.

2. Ertragsplanung

Nachfolgend werden die wesentlichen Positionen der Ertragsplanung erläutert.

Gebühren- / Beitragserträge

a) Erträge aus Rundfunkgebühren 2009 bis 2012

Im 18. KEF-Bericht hat die KEF für den Zeitraum 2009 bis 2012 Gebührenerträge in Höhe von durchschnittlich 5.335 Mio. € p. a. festgestellt. Die Angaben basierten zu diesem Zeitpunkt noch auf Planwerten für die Jahre 2011 und 2012. Der von den Rundfunkanstalten dargestellte rückläufige Trend in der Entwicklung der Gebührenerträge wurde von der KEF durch eine Ertragszuschätzung abgemildert.

Mit dem 19. Bericht liegen für den gesamten Zeitraum Ist-Ergebnisse vor. Die ARD erzielte in diesem Zeitraum Einnahmen in Höhe von durchschnittlich 5.347 Mio. € p. a. aus Rundfunkgebühren. Die Feststellung des 18. Berichts wurde somit geringfügig um 0,2 % übertroffen. Ursächlich für die geringfügig verbesserte Ertragsentwicklung war insbesondere die günstigere Entwicklung der Teilnehmerkontenbestände.

Allerdings ist weiterhin eine rückläufige Entwicklung der Gebührenerträge festzustellen. Die Erträge des Jahres 2012 liegen um 69 Mio. € bzw. 1,3 % unterhalb der Erträge des Jahres 2009.

b) Erträge aus Rundfunkbeiträgen 2013 bis 2016

Am 01.01.2013 erfolgte die Umstellung von der Rundfunkgebühr zum Rundfunkbeitrag.

Die KEF hat in ihrem 18. Bericht (Tz. 416) für die ARD Beitragserträge für den Zeitraum 2013 bis 2016 in Höhe von durchschnittlich 5.329 Mio. € p. a. festgestellt. Sie hat in ihrem 18. Bericht (Tz. 590) aufgrund der großen Unsicherheit über die Auswirkungen der Umstellung davon abgesehen, den Ländern eine Anhebung des Rundfunkbeitrags in den Jahren 2013 und 2014 zu empfehlen. Folglich liegt der Beitragsertragsplanung nach wie vor ein monatlich zu zahlender Betrag in Höhe von 17,98 € zugrunde.

Auch zur aktuellen Finanzbedarfsanmeldung liegen noch keine belastbaren Erfahrungswerte über die Höhe der zukünftig zu erwartenden Beitragserträge vor. Die Arbeitsgruppe Beitragsplanung von ARD, ZDF und Deutschlandradio hat im März 2013 deshalb die Beitragserträge 2013 bis 2016 ausgehend von den Entwicklungen der Gebührenerträge bis Ende 2012 prognostiziert. Für die ARD wurden für diesen Zeitraum Beitragserträge in Höhe von durchschnittlich 5.387 Mio. € p. a. ermittelt.

Aufgrund der Ist-Ergebnisse der Jahre 2011 und 2012 fällt die aktuelle Beitragsertragsplanung im Vergleich zur Feststellung der KEF im 18. Bericht für den Zeitraum 2013 bis 2016 um durchschnittlich 58 Mio. € p. a. bzw. 1,1 % höher aus.

Bei der Beitragsertragsplanung für die Jahre 2013 bis 2016 wird davon ausgegangen, dass sich mit der Umstellung auf den Rundfunkbeitrag der rückläufige Trend der vergangenen Jahre bei den Erträgen aus dem geräteabhängigen Gebührenmodell nicht weiter fortsetzt. Es wird erwartet, dass das Modell des geräteunabhängigen Rundfunkbeitrags die zukünftige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sicherstellen kann. Gleichwohl ist die Planung mangels verfügbarer Ist-Daten und Erfahrungswerte aus dem Modell des Rundfunkbeitrags mit großen Unsicherheiten behaftet.

Werbeumsätze

Die für den Zeitraum 2009 bis 2012 ausgewiesenen Nettowerbeumsätze aus Werbefunk und Werbefernsehen in Höhe von durchschnittlich 336 Mio. € p. a. übersteigen die zum 18. Bericht angemeldeten Umsätze um insgesamt 5,8 Mio. €. Damit wird die von der KEF bei der Werbung im 18. Bericht vorgenommene

Zuschätzung in Höhe von 6,5 Mio. € für die Planungsperiode nahezu vollständig abgebildet.

Die ARD plant für den Zeitraum 2013 bis 2016 Nettowerbeumsätze in Höhe von durchschnittlich 363 Mio. € p. a. und bestätigt damit ihre zum 18. Bericht angemeldeten Umsatzerwartungen. Im Vergleich zu den für den Zeitraum 2009 bis 2012 ausgewiesenen Nettowerbeumsätzen bedeutet dies eine Steigerung um 7,9 %.

Die durch Werbung erzielten Einnahmen ermöglichen es der ARD nach wie vor, die Höhe des angemeldeten Fehlbetrags zu dämpfen. Die Teilnahme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten am Werbemarkt wirkt aber auch auf die werbetreibende Industrie in Deutschland. ARD und ZDF bieten eine Alternative zu den kommerziellen Anbietern und sind z. B. mit einem Anteil in Höhe von rund 7 %¹ ein Korrektiv zu ProSiebenSat.1 und RTL am Gesamtfernsehmarkt.

Sponsoringerträge

Für den Zeitraum 2013 bis 2016 plant die ARD Sponsoringerträge von durchschnittlich 22 Mio. € p. a. Dieser Planungsansatz bleibt deutlich hinter der Erwartung des 18. KEF-Berichts zurück. Im Vergleich zur Planung für den Zeitraum 2009 bis 2012 führen die im 15. RÄStV verankerten Beschränkungen beim Sponsoring zu spürbaren Ertragsrückgängen.

Erträge aus Finanzanlagen

Bedingt durch die weiterhin angespannte Situation an den Kapitalmärkten hat die KEF ihre Erwartung an eine Mindestverzinsung der Finanzanlagen abgesenkt. Darüber hinaus hat die KEF mit den Rundfunkanstalten das Planungsverfahren für die Prognose von Finanzerträgen optimiert. Im Vergleich zu der vor zwei Jahren erstellten Prognose der Finanzerträge führen die niedrigeren Zinssätze zu geringer geplanten Erträgen aus Finanzanlagen.

3. Aufwandsplanung

Nachfolgend werden die wesentlichen Positionen der Aufwandsplanung erläutert.

Personalaufwand

Die Kürzung der Personalaufwendungen in Höhe von 42 Mio. € durch die KEF im 18. Bericht haben die ARD-Landesrundfunkanstalten in der Anmeldung umgesetzt. Die ARD plant mit einem durchschnittlichen Anstieg der Personalaufwendungen (ohne Altersversorgung) für den Zeitraum 2013 bis 2016 in Höhe von jährlich 2,3 %. Gemindert wird der Finanzbedarf der ARD durch einen fortgesetzten Stellenabbau.

Am 09.03.2013 haben die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und ver.di in der dritten Verhandlungsrunde ein Tarifergebnis erreicht. Die rund 800.000 Beschäftigten der Länder (außer Hessen) erhalten danach rückwirkend ab 1. Januar dieses Jahres 2,65 % mehr Gehalt und weitere 2,95 % ab 1. Januar 2014. Diese Steigerungsraten sind im ausgewiesenen ungedeckten Finanzbedarf als Obergrenze berücksichtigt

¹ Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW): Werbung in Deutschland 2012, Verlag edition zaw Berlin 2012, Seite 313

worden. In den Jahren 2015 und 2016 planen die ARD-Anstalten grundsätzlich mit jährlichen Tariferhöhungen von 2 %.

Programmaufwand

Die Programmaufwendungen der ARD sind für den Zeitraum 2013 bis 2016 durchschnittlich mit einer Steigerungsrate in Höhe von jährlich 1,1 % geplant. Damit liegt diese Entwicklung unterhalb der prognostizierten Inflationsrate.

Im Vergleich zum 18. KEF-Bericht reduziert sich die angemeldete Steigerungsrate um 0,2 %-Punkte und liegt damit erneut deutlich unterhalb der anerkannten rundfunkspezifischen Teuerungsrate. Möglich wird diese moderate Planung nur durch die Spar- und Rationalisierungsanstrengungen der ARD-Landesrundfunkanstalten.

Sachaufwand

Im Bereich der Sachaufwendungen bestätigt die ARD mit der Anmeldung zum 19. Bericht erneut das niedrige Planungsniveau der vergangenen KEF-Anmeldung. Die geplanten Aufwendungen für die Periode 2013 bis 2016 in Höhe von durchschnittlich 672 Mio. € p. a. unterschreiten die zum 18. KEF-Bericht angemeldeten Aufwendungen um 1,8 %.

Aufwendungen für Programmverbreitung

Auch im Bereich der Programmverbreitung nutzt die ARD konsequent Einsparpotenziale. Mit der Anmeldung zum 19. KEF-Bericht unterschreitet die ARD die zum 18. KEF-Bericht geplanten Aufwendungen für den Zeitraum 2009 bis 2016 um 4,6 %.

Die von der KEF im 18. Bericht vorgegebene Aufwandskürzung im Bereich der terrestrischen Hörfunkverbreitung über Mittelwelle sowie der IP-Verbreitung in Höhe von insgesamt 18 Mio. € hat die ARD mit der aktuell vorgelegten Anmeldung vollständig umgesetzt.

4. Entwicklungsbedarf

Zum 19. Bericht meldet die ARD keine neuen Entwicklungsprojekte bei der KEF an. Die Projekte DVB-T und DAB (alt) wurden bis Ende 2012 in den Bestand überführt. Ab dem Jahr 2013 betreibt die ARD die zwei technischen Entwicklungsprojekte HDTV und Digitaler Hörfunk.

Die ARD beabsichtigt, in der Beitragsperiode 2013 bis 2016 die Voraussetzungen zu schaffen, mittelfristig alle ihre Fernsehprogramme in HD ausstrahlen zu können und damit auch eine Perspektive zur Abschaltung der digitalen SDTV-Signale zu ermöglichen.

In dem für Herbst 2013 avisierten Evaluationsbericht zum Digitalen Hörfunk werden vereinbarungsgemäß Kriterien für die im 20. KEF-Bericht vorgesehene Erfolgsmessung des Projektes vorgeschlagen. Mit dem Bericht soll ebenfalls eine Überprüfung der Grundannahmen aus dem Jahr 2009, die zur Projektentscheidung geführt haben, durchgeführt werden.

5. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach dem Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag hat die KEF auch zu überprüfen, ob der abgeleitete Finanzbedarf unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Entwicklung der Haushalte der öffentlichen Hand ermittelt wurde.

Die europäische Schuldenkrise hat die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2012 gedämpft und stellt auch in den kommenden Jahren ein Risiko dar. Auslöser für die Verunsicherung auf den Märkten sind die hohen Staatsschulden und die wirtschaftlich schwierige Lage einiger Euro-Länder.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bleibt trotz der gedämpften Konjunktur im Euro-Raum stabil und verzeichnet im Jahr 2012 ein geringes Wachstum. Im Jahresschlussquartal 2012 ging das BIP jedoch bereits deutlich zurück². Die Bundesregierung geht im Rahmen der Jahresprojektion von einem geringen Aufschwung der deutschen Wirtschaft in den nächsten zwei Jahren aus³. Die Binnenkonjunktur soll stabil bleiben⁴, die Einkommen infolge steigender Tarifabschlüsse wachsen und der private Konsum zulegen⁵. Diese Projektion unterliegt jedoch der Annahme, dass sich die Euro-Krise nicht weiter zuspitzt. Demzufolge könnte das Wirtschaftswachstum auch hinter diesen Erwartungen zurückbleiben und die Lohn- und Preisentwicklung bremsen.

Die Steuerschätzer des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ gehen gemäß ihrer Sitzung im Oktober 2012 davon aus, dass die Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden in den Jahren 2013 bis 2016 jährlich um durchschnittlich 3,2 % steigen⁶. Damit liegen die Steuereinnahmen deutlich über dem Durchschnitt der prognostizierten Inflation.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkt sich mittelfristig auch auf die Situation von Unternehmen aus. Die Weltwirtschaft sorgt seit einiger Zeit für keine größere Schwungkraft mehr, die Nachfrage aus den Euro-Ländern sinkt und der Rückgang bei den Investitionen wirkt sich auf die Inlandsaufträge aus. Erste Zunahmen bei den Auftragseingängen in der Industrie lassen jedoch eine Erholung der deutschen Wirtschaft erkennen⁷.

Die wirtschaftliche Lage des privaten Rundfunks in Deutschland entwickelt sich derzeit positiv. So erzielte die Mediengruppe RTL Deutschland im Jahr 2012 einen neuen Rekordgewinn. Auch der Medienkonzern Axel Springer verkündet dank seines Digitalgeschäfts im selben Jahr eine Umsatz- und Ergebnissteigerung. Der

² Bundesministerium der Finanzen (2013): Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und zum Finanzplan 2013 bis 2017 sowie zum Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“, März 2013

³ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bundesministerium der Finanzen (2013): Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

⁴ Ifo Institut (2013): ifo Geschäftsklima Deutschland

⁵ Deutscher Bundestag (2012): Jahresgutachten 2012/13 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

⁶ Bundesministerium der Finanzen (2012): Ergebnisse der 141. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 29. bis 31. Oktober 2012 in Frankfurt am Main

⁷ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2013): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht März 2013

Konzernchef von ProSiebenSat.1 vermeldet „2012 war ein weiteres Rekordjahr für die ProSiebenSat.1 Group“.

Damit bewegt sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk zwischen den wirtschaftlich erfolgreichen privaten Wettbewerbern und einer mit Risiken behafteten, aber derzeit stabilen Lage der deutschen Wirtschaft bei robusten Steuereinnahmen.

6. Fazit

Die ARD meldet für den Zeitraum 2013 bis 2016 mit 54,4 Mio. € p. a. den historisch geringsten ungedeckten Finanzbedarf an. Der monatliche Beitrag bleibt bis Ende 2014 und somit für sechs Jahre unverändert.

Mit der Umstellung auf den neuen Rundfunkbeitrag wird auch eine Stabilisierung der Beitragserträge erwartet, die auch im Sinne einer möglichst hohen Akzeptanz des Modellwechsels im Interesse der ARD liegt.

Die ARD wird den Programmauftrag bei einer allgemeinen Preissteigerung und ohne Kreditaufnahme erfüllen.

Die moderate Anmeldung und die damit verbundene geringe Aufwandssteigerung liegen deutlich unter dem Durchschnitt der allgemeinen Inflation. Dies konnte nur durch erhebliche Rationalisierungs- und Kürzungsmaßnahmen erreicht werden. Die ARD wird diesen eingeschlagenen Weg auch in Zukunft konsequent weiterverfolgen.